



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/68 - 23.3.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Urabstimmung im Bergbau	S. 1
Vor grossen Veränderungen in England	S. 3
Grenzdiskussion um Oder und Weisse	S. 5
Minister Kubel antwortet Dr. Wricke	S. 6
Zur Versorgungskrise in der SbZ	S. 8

---

## Die Verantwortung für einen Bergarbeiterstreik

R.D. Die Rechnung des Unternehmensverbandes Ruhr-Bergbau und des Bundeswirtschaftsministers ist nicht aufgegangen. Sie hatten an ihre Einladung an die IG Bergbau, zur Teilnahme an einer Kosten- und Ertragsuntersuchung im westdeutschen Steinkohlenbergbau, die Hoffnung geknüpft, die drohende Aktion der Gewerkschaft längere Zeit hinauszögern zu können. Diese Annahme bestätigt sich durch die Erklärung des Unternehmensverbandes Ruhr-Bergbau vor der Urabstimmung: dass er die Lohnverhandlungen nicht als gescheitert ansehe, zu weiteren Vorschlägen aber erst Stellung nehmen könne, wenn das Ergebnis der gemeinsamen Kosten- und Ertragsuntersuchungen vorliege. Dieser Versuch des Hinauszögerns weiterer Verhandlungen und eines eventuellen Streiks ist gescheitert. Die Gewerkschaft und die Bergarbeiter aller Couleur - also auch die sogenannten Christlichen - haben sich zur Aktion entschlossen. 87,7 % aller stimmberechtigten Bergarbeiter entschieden sich für Streik.

Schon vor der Urabstimmung versuchte man, und nach ihr wird man weiter versuchen, Gewerkschaft und Bergarbeiter für die wirtschafts- und die preispolitischen Konsequenzen ihrer Forderungen und des eventuellen Streiks verantwortlich zu machen. Diesen Versuch machten nicht nur die deutschen Unternehmer und ihr Anhang, sondern in letzter Minute auch noch der Präsident des Ministerrats der Montan-Union, Rasquin, allerdings, wie er betonte, nicht in seiner

Eigenschaft als Präsident. (Bescheidene Anfrage: als was dann?)  
Dabei ist von keiner Seite, auch nicht von den Unternehmern, die  
Berechtigung der Lohnforderungen der Bergarbeiter bestritten worden.

Kann man noch annehmen, dass die deutschen Bergbauunternehmer für  
ihre Forderung nach einem Preisausgleich für die Lohnerhöhungen Zwangs-  
verbündete bei den Bergarbeitern suchen, die also mithelfen sollen,  
die Preisforderungen der Zechen bei der Montan-Behörde durchzusetzen,  
wenn sie zu ihren Löhnen kommen wollen, so ist die Meinung des  
Präsidenten Rasquin beinahe unerklärlich. Seine Aufgabe wäre es,  
die Forderungen des Montan-Vertrages (Art. 2) zu berücksichtigen:  
"... zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedsstaaten beizutragen  
... zu vermeiden, dass im Wirtschaftsleben der Mitgliedsstaaten  
tiefgreifende und anhaltende Störungen hervorgerufen werden."

Seit ihrem, aus Rücksicht auf die Wirtschaftsentwicklung, im  
November 1953 erklärten Verzicht auf Lohnerhöhungen, sind die Berg-  
arbeiter gegenüber allen anderen Arbeitnehmerkategorien in der Lohn-  
skala zurückgefallen. Daran haben die Zechengesellschaften so gut  
verdient, dass die Börsenkurse ihrer Aktien in dieser Zeit um  
100 % anstiegen. Das hat die Bergarbeiter mit Recht beunruhigt.  
Diese Beunruhigung kann nun zu ernsthaften Störungen führen. Nie-  
mand kann dafür die Bergarbeiter verantwortlich machen, eher noch  
Herr Rasquin und die Unternehmer, die nicht gewillt sind, von sich  
aus Lohn zuzulegen, trotz wesentlicher Besserung der Wirtschafts-  
lage im Bergbau. Sie müssen erst gezwungen werden.

Keinesfalls kann man das Niveau der deutschen Kohlenpreise,  
und aller Preise der davon abhängigen Erzeugung, auf Kosten der  
Lebenshaltung der Bergarbeiter bestimmen. Wenn schon einmal der  
Bergarbeiter, sein Lohn und das Ergebnis seiner Arbeit für die  
Wirtschaftsentwicklung insgesamt so wichtig sind, so sollte die  
Gesamtwirtschaft und für sie der Staat auch die Gesamtverantwortung  
für den Bergbau übernehmen und ihn nicht einseitigen Unternehmer-  
interessen überlassen. Nur so ist es möglich, die befürchteten Stö-  
rungen zu vermeiden, die eben nicht der um seine Lebenshaltung kämp-  
fende Bergarbeiter erzeugt, sondern die private Unternehmenswirtschaft  
mit ihrer "politischen Verwaltung", der Bundesregierung in Bonn.\* \* \*

Churchill wird zurücktreten

Neues britisches Kabinett und Parlament vor Sommeranfang

E.A., London

Die Stimmen, die den nahe bevorstehenden Rücktritt Winston Churchills ankündigen, nehmen an Gewicht und Zahl zu. Es wird immer deutlicher, dass die diesmalige Gerüchtewelle sehr viel mehr Substanz hat, als die verschiedenen früheren. Der "grand old man" mag auch diesmal noch - wie schon früher so oft - mit dem Gedanken eines Rücktrittes nur gespielt haben. Die Stimmung im konservativen Lager aber hat dafür gesorgt, dass diesmal aus dem Spiel Ernst wird. Die konservative Presse hat mit ihren bestimten Voraussagen von Churchill's Rücktritt und von Neuwahlen um die Pfingstzeit eine neue Situation geschaffen, in der Sir Winston nicht mehr allein über die Geschicke der Regierung entscheiden kann. Die "Yorkshire Post", die bekanntlich Eden nahe steht, begann die Kampagne. Die Beaverbrook-Presse griff sie auf. Da Beaverbrook bekanntlich Sir Winstons engbefreundeter Paladin ist, kann man annehmen, dass der nun im einundachtzigsten Jahre stehende Premierminister bereit ist, dem Rufe nach einer neuen Regierung und frühzeitigen Neuwahlen zu weichen. Sein Rücktritt wird für Anfang April erwartet.

Und Eden wäre endlich am Ziel

Der 57-jährige Sir Anthony Eden wird somit nach langer geduldiger Wartezeit die Lenkung der britischen Staatsgeschäfte übernehmen und die konservative Partei und die von ihr umgebildete Regierung bei den bevorstehenden Neuwahlen führen. Zunächst ist nicht mit größeren Änderungen in der Zusammensetzung der Regierung zu rechnen. Eden als Premierminister würde vorläufig noch die Leitung des Foreign Office beibehalten. Erst nach Neuwahlen würde der jetzige Verteidigungsminister Harold Macmillan ins Foreign Office einziehen. Richard Austen Butler wird Schatzkanzler bleiben und der zweitmächtigste Mann in Partei und Kabinett sein. Bei der zweiten Kabinettsumbildung - nach den Neuwahlen - dürften Lord Woolton, Lord Swinton und andere Männer der alten Garnitur, die Churchill aus Loyalität beibehalten hat, verschwinden und jüngeren Leuten aus dem konservativen Lager Platz machen.

Soweit die Erwartungen im konservativen Lager.

Was nun aber hat den Ausschlag für die Ansetzung eines frühen Termins für Neuwahlen gegeben? Das jetzige Unterhaus könnte noch weitere 18 Monate antieren. Die Konservativen haben eine kleine, aber feste Mehrheit von 18 Stimmen. Bei der geringen gesetzgeberischen Arbeit, die in der Amtszeit Sir Winston Churchills seit Oktober 1951 geleistet worden ist, war diese Mehrheit völlig ausreichend. Ihre Kleinheit war allerdings auch der Grund dafür, warum selbst der rechte Toryflügel sich mit den geringen Änderungen, gewissen Steuerkonzessionen für Kapitalbildung, Abschaffung des Dividendenstopps, Reprivatisierung der Stahl- und Eisenindustrie und des Straßengüterverkehrs usw.

zufrieden geben mußte. Aber er hat immer auf der Lauer gelegen, um einen Zeitpunkt auszunützen, an dem eine Vergrößerung und Konsolidierung der konservativen Mehrheit möglich werde.

Die durch die Bevankrise ausgelösten Konvulsionen im Labourlager scheinen die gewünschte Gelegenheit zu bieten. Der Wählerschaft jedoch hätte ein Ausschreiben von Neuwahlen gerade zur Zeit des Höhepunktes der Krise im gegnerischen Lager als ein unfaires Manöver der Tories erscheinen können. Wenn man dagegen die Neuwahlen mit einer notwendig gewordenen Regierungsumbildung koppelt, dann läßt sich der Anschein wahren: Wenn Churchill geht, dann hat der neue Premier alle Verantwortung, ein Vertrauensvotum der Wählerschaft zu suchen. Würde er bleiben, dann hätten die Konservativen ihren Zeitpunkt leicht verpassen können. Eindringliches Zureden und etwas Druck mögen also bei der so oft verschobenen Rücktrittsentscheidung mitgespielt haben.

#### Der Test der Kommunalwahlen

Nun sind allerdings Sommerwahlen in der Vergangenheit mehrfach nicht den konservativen Erwartungen gemäss ausgefallen. Zweimal in unserem Jahrhundert wurden die Tories allerdings durch Sommerwahlen aus der Regierung geworfen. Das erste Mal 1929. Damals war Churchill der konservative Schatzkanzler. Die Konservativen verloren die Wahlen, Churchill seinen Kabinettsposten und Macdonald bildete eine Labourregierung. Das zweite Mal waren die Sommerwahlen 1945, als Premierminister Churchill der Attleeregierung weichen mußte.

Aber dieses Mal glaubt das konservative Zentralamt fest daran, dass die konservative Mehrheit beträchtlich vermehrt werden würde. In der vergangenen Woche schon hat Lord Woolton die Wahlmanager der Partei versammelt und seine Instruktionen gegeben. Die Tories rechnen damit, dass sie bei den bevorstehenden Wahlen den Sozialisten 30 bis 40 Wahlkreise wegnehmen und damit ihre Unterhausmajorität auf rund einhundert Stimmen bringen könnten.

Wie Sir Anthony Eden sich auf das Wahlabenteuer einlässt, wird er aber sehr genau das Stimmungsbarometer studieren, das die am 31. März erfolgenden Stadt- und Grafschaftswahlen abgeben werden. Es könnte ja schließlich sein, dass man im konservativen Lager die Wirkungen der Bevan-Krise auf die persönliche Entscheidung der Wähler weit überschätzt. Sollten sie - wider Erwarten - den erhofften Rechtsrutsch nicht bringen, wird sich auch eine neue konservative Regierung nach Churchills Abtreten es noch zweimal überlegen, sich in ein voreiliges Wahlabenteuer zu stürzen.

\* \* \*

#### Japan als Beispiel

"- Japan demonstriert uns mit kühler Eleganz, wie ein geschlagenes Land eine wirkliche aussenpolitische Manövrierfähigkeit wiedergewinnen kann. - Die Einreihung einer japanischen Armee in das amerikanische Bündnissystem ist sehr unwahrscheinlich geworden. Friedensverhandlungen Japans mit der SU und enge wirtschaftliche Beziehungen mit dem kommunistischen Kontinent stehen bevor. Vielleicht gerade deswegen werden es die Amerikaner zu vermeiden wissen, sich das strategisch und politisch so wichtige Inselreich ganz zu entfremden." (Aus einem Kommentar des bayerischen Rundfunks) \* \* \*

23.3.1955

Zwischen Pankow und Warschau

E.Z., Berlin

Das Verhältnis zwischen der Sowjetzone und Polen ist gerade im Hinblick auf die augenblickliche politische Situation ein besonders wichtiger Bestandteil in den östlichen Plänen. Das zeigte auch die kürzliche Reise des Pankower Außenministers Dr. Bolz nach Warschau an. Die Pariser Verträge haben in dessen Unterhaltungen, entgegen der offiziellen Darstellung, kaum eine Rolle gespielt. Dies Thema behält sich Moskau vor.

Was in Warschau wirklich verhandelt wurde, waren sicher ausschließlich Fragen, die die sowjetzonal-polnischen Beziehungen betrafen. Sie können keineswegs so makellos sein, solange noch die "Friedens- und Freundschaftsgrenze" an der Oder/Weißer auf der polnischen Seite durch Stacheldrahtverhänge, ja sogar durch ein tief gestaffeltes Befestigungssystem gekennzeichnet ist. So sprach denn auch der polnische Ministerpräsident Cyrankiewicz vor wenigen Tagen im Sejm, dem polnischen Pseudo-Parlament, offen aus, dass der "Besuch von Dr. Bolz zweifellos entscheidend dazu beigetragen hat, eine engere Zusammenarbeit zwischen Polen und der DDR in allen für beide Länder bedeutenden Fragen herzustellen."

Diese Zusammenarbeit wird sich, wie verlautet, vorläufig auf eine Intensivierung des gegenseitigen Handelsverkehrs und auf einen Austausch von Facharbeitskräften zu Schulungszwecken beschränken. Dass sich zu solchen Vereinbarungen der Pankower Außenminister höchstpersönlich nach Warschau begeben mußte, mag verwunderlich erscheinen. Indessen ist nicht geheim geblieben, dass Dr. Bolz auch bezüglich einer Bereinigung einiger Grenzfragen vorgesprochen hat. So wurde nach zuverlässigen Informationen die Frage angeschnitten, den östlich der Weißer gelegenen Teil von Görlitz wieder der Sowjetzone einzugliedern, wahrscheinlich auch jenes Gebiet, das zwischen Görlitz und Zittau mit der Eisenbahnverbindung zwischen beiden Städten einige Kilometer weit heute polnisch ist.

Wenn auch dieser Fragenkomplex selbstverständlich in den offiziellen Kommuniqués nicht erwähnt wurde, ist doch die abweisende Reaktion in Warschau nicht zu verkennen. Der polnische Ministerpräsident erklärte

23.3.1955

nämlich in diesem Zusammenhang recht vielsagend, dass "sich die polnischen Beziehungen zur DDR auf die Unerschütterlichkeit der Grenzen an Oder und Neiße stützen". Abschließend äußerte Cyrankiewicz geradezu demonstrativ, dass Polen den jetzt sechsjährigen Vertrag mit der Sowjetunion als "Garantie für die eigene territoriale Integrität betrachtet".

Es besteht kein Zweifel, dass Parkows Führer in Warschau auf eisige Ablehnung gestoßen sind. Der einzige Tribut, den Warschau im Zeichen einer künftigen gemeinsamen militärischen Ostblockfront mit der Sowjetzone zu zahlen bereit zu sein scheint, sind Konzessionen in der Frage eines sowjetzonalen Freihafens in Stettin. Dass man in diesem Punkt in Parkow größere Hoffnungen hegen kann, zeigt sich in der Tatsache, dass das Eisenbahnministerium in Ostberlin bereits an die zuständigen Stellen die Anweisung gegeben hat, die 1945/46 abgebaute Eisenbahnstrecke von Wriezen (nordöstlich von Berlin) in Richtung Oder vom 1. Mai an wieder aufzubauen. Diese neuerbaute Eisenbahnlinie würde in Jädickendorf auf dem östlichen Oderufer die große Verbindungstrecke Küstrin - Stettin erreichen und somit einen direkten Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und Stettin ermöglichen, der auch jederseit von polnischer Seite gut kontrolliert werden könnte. Die Oderbrücke an dieser Stelle des Flusses ist schon jetzt wieder hergestellt. Da der Wiederaufbau dieser für die internen sowjetzonalen Verkehrsinteressen völlig belanglosen Eisenbahnlinie in Parkow als einer der Vorrangbauten betrachtet wird, muß in diesem Punkte eine Einigung zwischen Polen und der Sowjetzone angenommen werden.

Das besagt allerdings nichts über die viel weitergehenden Gerüchte über eine künftige gemeinsame deutsch-polnische Verwaltung Stettins, auf die sich die Polen wohl kaum einlassen dürften, wie erneut die Betonung der "unerschütterlichen Oder-Grenze" durch den Warschauer Ministerpräsidenten vor dem Sejm gezeigt hat.

\* \* \*

#### Befremdliche Angriffe, durchsichtiger Wahlschlager

Nach einem Bericht der Braunschweiger Zeitung hat auf dem Parteitag des Landesverbandes der CDU in Braunschweig Dr. F r i e k e die Behauptung aufgestellt, die Unterharzer Berg- und Hüttenwerke G.m.b.H. in Goslar, eine Tochtergesellschaft der "Preußag" und der Niedersachsen G.m.b.H., habe dem Lande Niedersachsen das Aufkommen an Körperschaftssteuer

um 60 Mio DM geschätzt, indem sie ihre hohen Gewinne nicht versteuert habe, sondern in den Muttergesellschaften mit Aufwendungen und Verlusten verrechnete. Ja, es betonte sogar, die "Preußag" sei infolge der "steuerlichen Begünstigung" in der Lage gewesen, ihre Überschüsse "zu Investitionen in anderen Bundesländern" zu verwenden. Zu diesen sicherlich als "Wahlschlager" gedachten Bemerkungen gab der niedersächsische Finanzminister eine öffentliche Antwort, der wir u.a. folgendes entnehmen:

Jeder Wirtschaftsprüfer wird über solche Ausführungen den Kopf geschüttelt haben, denn in den vergangenen Jahren galt es bekanntlich angesichts der hohen Steuersätze für eine Hauptaufgabe der Wirtschafts- und Steuerberater in allen Privatbetrieben, die gesetzlichen Möglichkeiten zu Investitionen, Abschreibungen und sonstigen steuerlich zulässigen Wegen möglichst auszuschöpfen. Es war daher nur selbstverständlich, dass auch die staatlichen Betriebe - schon aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit und um sich nicht den Vorwurf der Rückständigkeit auszusetzen - die gleichen Möglichkeiten nutzten wie jeder Privatbetrieb. Anderenfalls hätte die Öffentlichkeit - und selbstverständlich auch Herr Dr. Fricke - den Vorwurf erhoben, den staatlichen Betrieben sei privatwirtschaftliches Denken eben fremd und deshalb hätten sie ihre Gewinne als Steuern an den Fiskus abgeführt.

Die Angriffe von Dr. Fricke erscheinen aber vollends befremdlich wenn man weiß, dass er selbst Mitglied des Aufsichtsrates der "Preußag" ist und damit selbst über die Verwendung der von ihm zitierten Gewinne mitbestimmt hat. Dabei kommt weiter in Betracht, dass die "Preußag" an der Unterharzer Berg- und Hüttenwerk G.m.b.H. mit 4/7 beteiligt ist, während das Land Niedersachsen über die Niedersachsen G.m.b.H. nur über eine Minderheitsbeteiligung von 3/7 verfügt.

Die "Preußag" hat übrigens seit alters her ihren Interessenskreis - wie dies schon in ihrem Namen zum Ausdruck kommt - weit über das Gebiet des heutigen Niedersachsens hinaus erstreckt, und niemand konnte sie hindern, über ihre Gewinne zu verfügen, wie sie wollte und Investitionen zu machen, wo sie wollte. Jedenfalls hat Dr. Fricke im Aufsichtsrat der "Preußag" niemals derartige Einwendungen erhoben. Er hat also die Maßnahmen der Gesellschaft - durch seine Mitwirkung im Aufsichtsrat - gebilligt, und die "Preußag" besitzt - wie gesagt - die Mehrheit an der genannten Gesellschaft.

Aber noch etwas anderes hat Dr. Fricke bei seinen Ausführungen übersehen, dass nämlich Investitionen eines in Niedersachsen domizilierenden Betriebes, wo sie auch erfolgen, hinsichtlich der Körperschaftsteuer dem Lande nicht verloren gehen, weil es insoweit auf den Sitz der Gesellschaft ankommt. Alles in allem hat Dr. Fricke also mit seinen Ausführungen in Braunschweig jedenfalls nicht wie ein Wirtschaftsführer gesprochen, für den die vorstehenden Gesichtspunkte doch selbstverständlich sind.

\* \* \*

Leere Böden, sinkende Ostmark

Die verstärkte allgemeine Krise in der Sowjetzone als Folge einer rapide verschlechterten Versorgung mit Lebensmitteln nimmt immer gefährlichere Formen an. Das deutlichste Zeichen dafür ist das starke Fallen des Ostmark-Kurses.

Die Relation Westkurs/Ostkurs drückt sich in dem Angebot und der Nachfrage von Ostmark besonders in Westberlin aus. Die erhöhten Einkäufe von Einwohnern der Sowjetzone in Westberlin bringen naturgemäß ein Absinken des Wechselkurses der Ostmark mit sich. Das bedeutet aber nicht, dass der innere "Kaufwert" der Ostmark verändert wird. Der Zwangskurs, der in der Zone aufrecht erhalten wird, erlaubt nicht, dass die Lebensmittelpreise in entsprechender Form sich dem Ost/Westkurs anpassen. Die Preise bleiben durch die strengen Wirtschaftsgesetze zwangsmäßig stabil. Diese erzwungene, künstliche Stabilität kann aber die mangelnde Versorgung mit Lebensmitteln nicht verbessern. Die Bevölkerung hat in allen Fällen die Folgen dieser verfehlten Wirtschaftspolitik zu tragen.

Der Anschluss an die neue Ernte ist noch nicht gewährleistet und das ZK der SED ist bemüht, zusätzlich Lebensmittel einzuführen. Die Schwierigkeiten, die aber in der Sowjetunion und den Satellitenstaaten auf dem Agrarsektor vorhanden sind, erlauben kaum eine wesentliche Einfuhr agrarischer Produkte in die Sowjetzone. Die Bevölkerung in der Zone versucht ihrerseits durch erhöhte Käufe sich gewisse Rücklagen zu verschaffen. Die Folgen dieser verständlichen Angstkäufe drückt sich in der Verschärfung der Lebensmittelkrise aus.

Es wäre zu hoffen, dass die SED die unsinnigen Beschränkungen für Geschenkpaket in die Zone aufhebt, damit die westdeutsche Bevölkerung den Lebensmittelnotstand zu einem kleinen Teil verbessern kann.

\* \* \*  
-----  
Verantwortlich: Peter Kaunau